

Die Krisen-Armee : ein Plädoyer für die Abschaffung der Armee

Autor(en): **Angele, Patrick**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **87 (2009)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342149>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Krisen-Armee

Ein Plädoyer für die Abschaffung der Armee

Patrick Angele

Das Schweizer Militär hat ein turbulentes Jahr hinter sich: 2008 war geprägt von harten politischen Diskussionen über die Revision des Militärgesetzes und dem Hin und Her beim Rüstungsprogramm. Das Jahr 2008 wurde von einigen Skandalen wie der Affäre um den ehemaligen Armeechef Roland Nef oder dem Kanderunglück, bei dem fünf Soldaten starben, überschattet. Nichts, weder der Euro-08-Einsatz noch grosse Armeeschauen konnten darüber hinwegtäuschen, das ganze Jahr wurde man den Eindruck nicht los, dass die Armee in einer tiefen Sinn- und Orientierungskrise steckt. Die Tragödie auf der Kander und das Drama rund um den Armeechef sind Symptome dieser. Doch woher rührt die Krise? Die drei in der Verfassung verankerten Aufträge der Armee sind überholt, höchst umstritten oder blockiert.

Die Verteidigung

Eine der drei verfassungsmässigen Hauptaufgaben der Armee, die Verteidigung, ist seit Ende des Kalten Krieges 1989 historisch überholt. Die traditionelle Landesverteidigung, welche die Schweiz vor dem «bösen Feind» schützen sollte, ist zum Absurdum geworden. Die Schweiz ist in einem Umkreis von über 2000 Kilometer von Staaten umgeben, die allesamt als Partnerstaaten gelten. Angriffsarmeen, welche die Schweiz bedrohen könnten, gibt es auch darüber hinaus keine. Die Schweiz ist also nicht durch mechanisierte Truppen bedroht. Sollte es dennoch zu einer äusseren Bedrohung kommen, ist sie bestimmt nicht militärischer Natur. Relevanter als eine territoriale Eroberung ist heute die Kontrolle von Netzwerken wie der Rohstoffversorgung, der Kommunikation und der Finanzflüsse. In Zukunft werden uns die weltweite Armut, klimatisch bedingte Flüchtlingsströme und Seuchen beschäftigen. Herausforderungen, denen mit militärischer Gewalt nicht zu begegnen ist.

Die Armee im Inneren

Euro 08, WEF, G8-Gipfel, Ski-WM, Olma, Botschaftsbewachung, Grenzschutz. Armee-Einsätze im Inneren sind immer wieder Gegenstand heftigster politischer Diskussionen. Das Militär versucht, sich mit PR-wirksamen Aktionen wie der Euro 08 als nützliche Helfershelferin zu profilieren, oder übernimmt, staatspolitisch höchst fragwürdig, polizeiliche Aufgaben wie den Grenzschutz oder die Bewachung von Botschaften und Konsulaten.

2005 beschloss der Bundesrat, den grössten Teil der Armee auf die so genannte «Raumsicherung» aufzuteilen und nur noch einen kleinen Teil, dann als «Aufwuchskern», der Landesverteidigung. Die «Raumsicherung» ist im Bereich zwischen subsidiären Einsätzen und der Landesverteidigung angesiedelt. Präventive Raumsicherung sei die Kontrolle des schweizerischen Raums bei einer «nichtmilitärischen oder asymmetrischen Bedrohung». Als Beispiele wurden an der militärischen Grossübung DEMOEX im März 2008 die Überwachung grösserer Grenzabschnitte oder die Bewachung der Nord-Süd-Verbindungen genannt. Gemeint ist damit Terrorbekämpfung. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Armeen ungeeignet sind, Terroranschläge zu verhindern. So wird mittlerweile auch in Armeekreisen eingesehen, dass WK-Soldaten, die mit scharfer Munition Botschaften bewachen sollten, mehr als untauglich dafür sind. Etwas hilflos scheint hier auch der nur nach einem Jahr wieder zurückgezogene Befehl zur scharfen

Wache, nachdem einige, zum Glück glimpflich verlaufene, ungewollte Schüsse während der Wache abgegeben wurden.

Das spektakulärste und für viele wahrscheinlichste Bedrohungsszenario, einen Terrorangriff aus der Luft, wirft viele Fragen auf. So konnte die grösste Luftstreitkraft der Welt, die USA, 9/11 nicht verhindern. Zudem wäre das Abschiessen von entführten Passagierflugzeugen rechtsstaatlich höchst problematisch. So hat zum Beispiel das deutsche Verfassungsgericht

2006 der Bundeswehr verboten, Unschuldige zu opfern, um allenfalls Unschuldige zu retten. In der Schweiz sind die rechtlichen Grundlagen für einen Abschuss unklar.

Allerdings gibt es auch Einsätze der Armee im Inneren die durchaus ihren Sinn ergeben: Die Bekämpfung von Naturkatastrophen und ihren Auswirkungen. Dazu werden allerdings weder Sturmgewehr, Panzer noch Kampfflugzeuge benötigt. Effizienter und um ein Vielfaches günstiger wäre ein professionelles, ziviles Katastrophenhilfekorps nach dem Vorbild des Technischen Hilfswerks Deutschland.

Wie umstritten Armee-Einsätze im Innern sind, zeigt die parlamentarische Debatte zur Revision des Militärgesetzes. Der Nationalrat stimmte in der ersten Lesung im Sommer 2008 einem Antrag zu, der vorhersehbare und wiederholte Einsätze im Innern verbieten lassen wollte. Der Nationalrat widersetzte sich so gegen seine eigene Sicherheitspolitische Kommission, gegen den Bundes- und gegen den Ständerat. In zweiter Lesung verwarf er diese Position wieder. Innere Einsätze der Schweizer Armee bleiben dennoch, nicht zuletzt wegen den historischen Dimensionen (Generalstreik 1918), umstritten.

Die Auslandeinsätze

Nach dem für die Landesväter erschütternden 26. November 1989, als die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» der GSoA mehr als 35 Prozent aller Stimmen machte, brauchte die Armee neue Legitimationsfelder. Das neue Zauberwort: «Humanitärer Interventionismus». 1994 der Beitritt zu den UNO-Blauhelmen, 1996 dann die Teilnahme an der

Effizienter und um ein vielfaches günstiger als die Armee wäre ein professionelles, ziviles Katastrophenhilfekorps.

Nato-Partner-Ship for Peace, 2001 die bewaffneten Auslandseinsätze. Seither ist die Schweiz mit gut 200 Soldaten in Kosovo stationiert. Mit 25 Soldaten beteiligt sich die Schweiz am EU-Einsatz in Bosnien und mit weiteren 25 Soldaten, die als UNO-Beobachter oder als Minenräumer tätig sind, in der ganzen Welt. Letztere werden auch von kaum jemandem in Frage gestellt. Seit neustem wird sogar darüber diskutiert, ob Schweizer Soldaten auf Nato-Schiffen in der Bucht von Aden somalische Piraten bekämpfen sollen. Unter dem Deckmantel «zum Schutz der Uno-Schiffe» fordern gewisse Kreise ein helvetisches Mitmachen an der europäischen Mission «Atalanta». Dass es in dieser Mission nicht um die Sicherung des internationalen Seerechts, sondern um kapitalistische Interessen zum Schutz der Rohstoffwege geht, ist offensichtlich. Wieder einmal wird versucht, ein ziviles Problem (fehlende Rechtsstaatlichkeit in Somalia, von europäischen und asiatischen Grossfischereien leer gefischte Küsten, illegal entsorgter Giftmüll sind die Ursachen der Piraterie) mit militärischen Mitteln zu lösen.

Über kein anderes Thema wie über die bewaffneten Auslandseinsätze hat die Schweizer Linke in den letzten Jahren so heftig gestritten. Während die sozialdemokratische Bundeshausfraktion in ihrem neusten Armeepapier vom Herbst 2008, welches den fragwürdigen Titel «Effizienz und Effektivität statt Nostalgie» trägt, noch ein 1500 Mann starkes «Task Force Bataillon», das fähig sein soll, permanent im Ausland im Einsatz zu stehen, fordert, ist für breite Teile der Linken der Begriff «humanitärer Interventionismus» entzaubert. Für die SP gilt: Der Frieden soll dabei nicht erzwungen, sondern nach wie vor nur gesichert werden. Zuerst also Krieg, dann Waffenstillstand, erst dann Schweizer Soldaten.

Dass es aber bei all dem Palaver nicht um Menschenrechte, Frieden und Gerechtigkeit geht, sondern um die geostrategische Sicherung von Rohstoffquellen und Routen zeigte sich spätestens nach den beiden völkerrechtswidrigen Kriegen in Afghanistan und im Irak. Dass sich auch die EU auf dem Weg der Militarisierung befindet, wollen viele, auch in der SP-Bundeshausfraktion, nicht wahrhaben. So stand in der mittlerweile verworfenen EU-Verfassung folgendes: «Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern» (Art. L-41 Abs 3.). Was das bedeutet, zeigt ein Zitat aus dem European Defence Paper 2004 eindrücklich: «In einem Land x, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an. Ziel ist es, das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige Ölstationen, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten».

Unter all diesen Vorzeichen sind Auslandseinsätze der Schweizer Armee durch Diskussionen im Parlament blockiert. Überdeutlich zeigte sich das in der Herbstsession 2008. Nach dem der Nationalrat ein SP-Postulat zur Verdoppelung von Auslandseinsätzen im Jahr 2007 noch gutgeheissen hat, stimmte in der Herbstsession 2008 eine grosse Mehrheit dagegen. Nur noch zwei Drittel der SP unterstützen den eigenen Vorstoss. Wie gross die Verunsicherung ist, wird bei der aktuellen Diskussion um den Somaliaeinsatz offenkundig.

Dass sich auch die EU auf dem Weg der Militarisierung befindet, wollen viele, auch in der SP-Bundeshausfraktion, nicht wahrhaben.

Das Fazit

Die traditionelle Landesverteidigung ist überholt, die inneren Einsätze sind höchst umstritten oder ziviler Natur wie die Katastrophenhilfe, der Antiterrorismus ist nicht Sache von Armeen und die Auslandseinsätze sind blockiert. Die Armee und deren Befürworter befinden sich offensichtlich in der Krise. Im Parlament finden sich wegen immer wieder spielenden unheiligen Allianzen zwischen SVP, Grünen und Teilen der SP kaum mehr Mehrheiten. Skandale,

*Die Armee gehört zu fest zur
«Lebensschule» der Nation.*

Affären und politische Ungewissheit lassen sich nicht einfach mit Olma- und Euro-Einsätzen wegwischen. Dennoch sind 69% der SchweizerInnen davon überzeugt, oder eher davon überzeugt, die Schweiz brauche eine Armee. Allerdings sind nur gerade 52% der 20- bis 29-Jährigen von der Notwendigkeit überzeugt (Haltiner 2008). Zudem standen 2007 nur gerade

44% zur Milizarmee. Die Armee verfügt also über wenig Rückhalt in der Gesellschaft. Aber nur gerade 20% sind laut Prof. Dr. Karl W. Haltiner von der Militärakademie der ETH Zürich für die Abschaffung der Armee. Zu fest sitzt der Glaube daran, dass nur eine Armee uns Sicherheit und staatliche Souveränität verleihen kann. Zu fest gehört die Armee zur «Lebensschule» der Nation. Dass dabei patriarchale, antidemokratische und manchmal auch rassistische Denkmuster manifestiert, Milliarden an Steuergeldern für einen Trachtenverein aus dem Fenster geschmissen und ganze Landstriche zerstört werden, wird zu wenig beachtet.

Die friedenspolitische Linke erstarbt

Im Frühjahr 2003 führte der weltweite Widerstand gegen den Irak-Krieg zehntausende auf die Strasse. Gymnasien wurden leergeräumt, hunderte von Jugendlichen politisiert, in Bern fanden die zwei grössten Kundgebungen in der Schweizer Geschichte statt. Die friedenspolitische Linke erstarb. Daraus entstand die von der GSoA und weiteren Gruppen lancierte und von der SP unterstützte Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», in der ein totales Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern (Pilatus-Flieger) gefordert wird. Mit 109 224 Unterschriften wurde sie im Herbst 2007 eingereicht und kommt bald zur Abstimmung.

Kurz nach der Einreichung der Initiative gegen Kriegsmaterialexporte wurde die höchst populäre Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» lanciert. Sie fordert neben der Verbannung des Sturmgewehres ins Zeughaus einen Fähigkeits- und Gebrauchsnachweis für das Recht auf Waffenbesitz. Zudem strebt sie die Einführung eines nationalen Waffenregisters an und will ein Verbot besonders gefährlicher Waffen (Pump Action) durchsetzen. Die Initiative wurde von einem breiten Bündnis mit über 70 Organisationen lanciert. Ihm gehören neben der SP, der GSoA und den Grünen auch Anti-Suizidorganisationen, Ärzte und Ärztinnen, katholische und reformierte Frauenverbände sowie Polizeigewerkschaften und Frauenorganisationen an.

Da der Bundesrat und das Parlament für 2.2 Milliarden, nur gerade etwas mehr als zehn Jahre nach der F/A-18-Abstimmung, wieder neue Kampfflugzeuge beschaffen will, startete die GSoA eine Initiative dagegen. Analog zu den 90er Jahren fordert sie ein Beschaffungsmoratorium für neue Kampfflugzeuge, um den geplanten Kauf stoppen zu können. Die Initiative ist keine 10 Monate nach der Lancierung fast fertig gesammelt. Laut einer «Demoscope»-Umfrage im Auftrag von «Blick» und der «SonntagsBlick» befürworteten im Sommer 2008 66% das Initiativbegehren.

Drei Initiativprojekte, welche die Diskussionen rund um den Sinn und Unsinn der Armee, über Krieg und Frieden in der Schweiz wieder aufleben lassen. Drei Projekte, welche die friedenspolitische Linke für sich beanspruchen muss, um daraus Gewinn zu schlagen. Die Initiative gegen das Sturmgewehr zu Hause und die Initiative gegen neue Kampfflugzeuge finden laut Haltiner sogar Mehrheiten in der Bevölkerung.

Die Alternative

Alle drei in der Verfassung verankerten Aufträge der Armee (Landesverteidigung, subsidiäre Einsätze, Auslandseinsätze) stehen im Kreuzfeuer der Kritik. Sie werden hinterfragt und sind politisch blockiert. Eine Denkpause tut not. Man sollte sich fragen, was denn nun die Risiken sind und welche Antworten es darauf gibt. Ist das Militär zeitgerecht oder gibt es Alternativen? Braucht die Schweiz eine Armee? Sind militärische Auslandengagements wirklich das, wofür Teile der Linken sie lange gehalten haben? Es braucht Mut, die eigenen Positionen zu hinterfragen. Doch nach der Lektüre des SP-Papiers «Effizienz und Effektivität statt Nostalgie» ist auch der Sozialdemokratie eine Denkpause zu empfehlen. Schliesslich wäre ein Moratorium bei allen Rüstungsausgaben zu fordern. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin jedes Jahr Millionen aus dem Fenster werfen für etwas, was wir vielleicht in Bälde so nicht mehr gebrauchen werden. Die Armee ist in der Krise. Nutzen wir sie, um unsere Alternativen aufzuzeigen: Eine Schweiz ohne Armee.

Eine Denkpause tut not.

Patrick Angele, Jg. 1986, ist Politischer Sekretär der GSoA, SP-Gemeinderat in Dübendorf, Geschäftsleitungsmitglied der JUSO Schweiz und Mitglied der Fachkommission für Sicherheits- und Friedenspolitik der SP Schweiz.



